

Begründung

Der Rat der Stadt Braunschweig hat am 21.03.2023 die Haushaltssatzung 2023 / 2024 beschlossen. Mit der Haushaltssatzung 2023 / 2024 wurde auch der Interfraktionelle Antrag zum Ergebnishaushalt FWE 179 von SPD, GRÜNEN und BIBS „Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen“ beschlossen. Der Antrag FWE 179 wurde damals von einem ebenfalls gemeinsamen Antrag derselben Fraktionen zum Stellenplan SP 190 begleitet.

Das Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen sollte in den kommenden Jahren fortgesetzt und dauerhaft verstetigt werden. Unseres Wissens sind jedoch bislang für die Fortsetzung des Förderprojekts weder Mittel noch Personal in den Doppelhaushalt 2025 / 2026 eingeplant worden, daher sind erneute Anträge zum Ergebnishaushalt und zum Stellenplan nötig.

Zur inhaltlichen Begründung des Förderprojekts heißt es in dem genannten Antrag FWE 179 zum Doppelhaushalt 2023 / 2024:

„Dieser Antrag zu Sachmitteln ergänzt den Antrag zum Stellenplan mit dem Ziel, Förderprojekte zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung von Braunschweiger Schüler*innen zu unterstützen. Die Sachmittel sollen u. a. dafür genutzt werden, das bestehende Angebot um neue Bildungsprojekte sinnvoll zu erweitern und auszubauen und setzen sich für 2024-2025 wie folgt zusammen:

Sachkosten I: 10.000 € Sachkosten im Zusammenhang mit der beantragten Stelle

Sachkosten II: 2.000 € für Seminaredurchführung und Schulungsmaterial

Honorare: 31.250 € für Dozent*innenhonorare

Näheres ergibt sich aus dem ausführlichen, vorliegenden Konzept. (...)

Die Anzahl politisch motivierter Straftaten rechtsextremer Täter*innen hat in Braunschweig in letzter Zeit zugenommen. Vor allem Jugendliche geraten in den Fokus rechter und populistischer Einflüsse, sodass es wichtig ist, ihre Resilienz gegenüber diesen Ideologien zu stärken. So wünschten sich laut der CTC-Befragung unter Braunschweiger Schüler*innen 4,1 % der Kinder und Jugendlichen, dass Deutschland von einem „Führer mit starker Hand“ regiert werden solle. Um sich gegen rechte Einflüsse und Gewalt zur Wehr setzen zu können, müssen ihnen Werkzeuge an die Hand gegeben werden, die sie bei der Entwicklung einer demokratischen Gegenpraxis unterstützen.

Um möglichst viele Kinder und Jugendliche ansprechen zu können, sollen Präventionsangebote an Braunschweiger Schulen stattfinden. Dabei ist es wichtig, die Angebotsstruktur zu erfassen, an die Schulen zu kommunizieren und mit den Erfordernissen des schulischen Alltags in Einklang zu bringen, sodass möglichst viele Schulen an den Angeboten teilnehmen und somit möglichst viele Schüler*innen erreicht und in ihrer Resilienz gestärkt werden. Eben diesen Zweck soll die Koordinationsstelle durch das oben angeführte Aufgabenspektrum erfüllen. Die Abstimmung mit dem Regionalen Landesamt für Schule und Bildung Braunschweig ist vorzunehmen. Eine Vernetzung mit der vorhandenen Koordinationsstelle im Büro für Migrationsfragen wäre hier sicherlich eine Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen. Als Modellprojekt soll die Stelle nach zwei Jahren erstmals evaluiert werden.“

gez. Leonore Köhler, Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift